

ratsmitglieder (Einstimmigkeitsprinzip) mit der Maßgabe, daß sich eine an einem Streitfall beteiligte Partei der Stimme enthalten soll. Das Wesen des Einstimmigkeitsprinzips liegt vor allem in der Pflicht der ständigen Mitglieder, eine für alle annehmbare Lösung in allen auftretenden Streitfragen, einschließlich möglicherweise zwischen ihnen auftretender Fragen, zu finden. Während die UdSSR es nutzte, um die imperialistischen Staaten in wichtigen Fragen zu einer Lösung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu zwingen, versuchen die USA häufig, das Einstimmigkeitsprinzip zur Verhinderung konsequenter Entscheidungen des Sicherheitsrates zu mißbrauchen, z. B. in solchen Fragen wie der Beseitigung der Reste des imperialistischen Kolonialsystems, der Liquidierung des Rassismus und der Apartheid sowie der Zurückweisung und Verurteilung imperialistischer Aggressionen. Der *Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)* besteht aus 54 Mitgliedern der UNO, die jeweils für drei Jahre von der Vollversammlung gewählt werden. Er hat die Aufgabe, unter der Leitung der Vollversammlung die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu entwickeln. Zur Verwirklichung seiner Aufgaben verfügt er über ein weitverzweigtes System von Kommissionen, Komitees u. a. Organen, z. B. regionalen Wirtschaftskommissionen (u. a. die Wirtschaftskommission für Europa, ECE). Als Organ der UNO-Vollversammlung wirkt die *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD)*. Ihr ständiges Organ, der *Rat für Handel und Entwicklung (TDB)*, ist Bestandteil des UNO-Apparats, der sich mit Wirtschaftsfragen befaßt. Der UNCTAD können nur Mitgliedsstaaten der UNO und ihrer Spezialorganisationen sowie der *Inter-*

*nationalen Atomenergie-Organisation (IAEA)* beitreten. Die UNCTAD erwies sich in der Vergangenheit für die Entwicklungsländer zunehmend, auch auf Grund der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, als eine Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer politischen und vor allem wirtschaftlichen Interessen. Der *Treuhandschaftratsrat* soll die Einhaltung der wichtigsten Prinzipien der Treuhandschaftsverwaltungen in den Treuhandgebieten kontrollieren, da ihrerseits die Kolonialmächte und die Treuhandgebiete verwaltenden Länder verpflichtet wurden, die schrittweise Entwicklung dieser Gebiete bis zur Unabhängigkeit zu fördern. Damit war das imperialistische Kolonialsystem keine »innere Angelegenheit« der imperialistischen Staaten mehr, sondern wurde einer - wenn auch nicht befriedigenden - völkerrechtlichen Regelung unterworfen. Die Kolonialmächte versuchten den Treuhandschaftratsrat zur Tarnung des Kolonialismus auszunutzen. Sie konnten jedoch den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems nicht aufhalten. Im Rahmen der in der Charta festgelegten Aufgaben konnte die Sowjetunion, die als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates Mitglied des Treuhandschaftrates ist, den Rat zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und unter Treuhandschafstehenden Gebieten nutzen. Der *Internationale Gerichtshof* ist das Organ der UNO für die friedliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten, die ihm durch die streitenden Parteien einvernehmlich unterbreitet werden. Da für die zwischenstaatlichen Beziehungen das Prinzip der souveränen Gleichheit (—» *Souveränität*) gilt, ist es kein Gericht im innerstaatlichen Sinne, sondern ein Streitschlichtungsorgan. Das *Sekretariat* der UNO steht unter der Lei-